

# NEWSLETTER

Herausgeber:  
PERSPECTIVE CH, Postfach 2111, 5001 Aarau

**JULI 2010**

## Sehr geehrte Damen und Herren

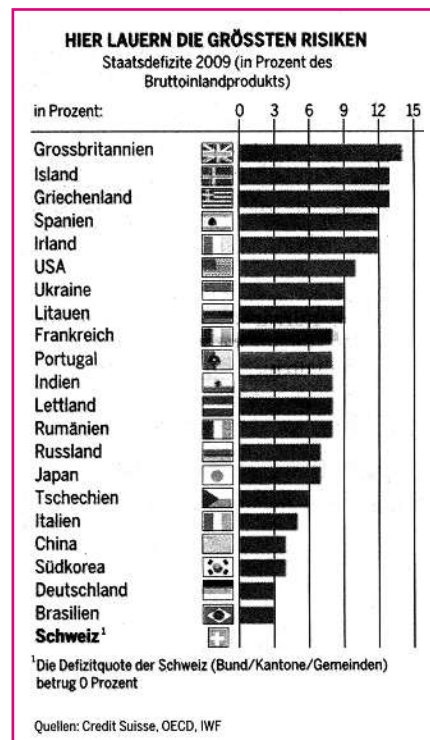
Die gegenwärtige langsame Erholung der Weltwirtschaft und die besseren Aussichten für die nächsten 2–3 Jahre täuschen: Die in solcher Höhe noch nie da gewesene **enorme Staatsverschuldung** der westlichen Welt (Japan, USA, EU), gekoppelt mit den weltweiten Produktionsüberkapazitäten (aufgebaut mit billigem Fremdkapital), lässt wenig Gutes erahnen. Auch der Finanzsektor scheint aus den Ereignissen von 2008 nicht wirklich gelernt zu haben; die Spekulation, auch auf den Rohwarenmärkten, geht fröhlich wieder weiter.

Inzwischen hat das Malaise um den Euro eigentlich erst begonnen, und trotz etlichen Interventionen wird sich der Sinkflug der europäischen Einheitswährung wahrscheinlich fortsetzen.

Aus dieser Misere gibt's wohl nur **zwei Auswege**:

- Einleitung radikaler **Sparprogramme** einzelner Staaten mit absehbaren negativen Folgen auf die eben wieder angelaufene Erholung der einzelnen Volkswirtschaften. Es muss daran erinnert werden, dass die Staatsquoten bei 40–50% des Bruttosozialproduktes liegen und somit die unvermeidlichen Sparprogramme der Regierungen der hochverschuldeten westlichen Industriestaaten folgenschwere Auswirkungen auf die Volkswirtschaften zeigen werden.
- Die Sanierung der Staatshaushalte wird am innenpolitischen Widerstand scheitern, die einzelnen dringend erforderlichen Massnahmen zerredet, bis dann infolge der noch weiter ansteigenden Schuldenlast eine **Hyperinflation oder gar Abwertungen** unumgänglich werden. Und auch dieses Szenario wird schwerwiegende Folgen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben.

Vor diesem Hintergrund rückt mittelfristig eine weitere, aber wesentlich schlimmere und allenfalls länger anhaltende Wirtschaftskrise in den Bereich des Möglichen.



## Aus dem Inhalt

1. Die wahre Schuldenkrise kommt erst noch
2. Unverständlicher Drang nach Brüssel
3. Gefängnis Schweiz – Fürsorgerischer Freiheitsentzug
4. Gedanken zu Politik, Wirtschaft und Staat an der Zeitenwende
5. Wo sind die Goldreserven?
6. Mitgliederversammlung vom 10. November 2009
7. Öffentliche Veranstaltung vom 10. November 2009
8. Termine und Veranstaltungen
9. Publikationen
10. Mitgliederwerbung

BEILAGE: Pressespiegel

# 1. Die wahre Schuldenkrise kommt erst noch

Unter diesen Titel stellte Michael Ferber seine Ausführungen in der NZZ vom 16.6.2010 und führte dazu aus: «Die öffentliche Debatte dreht sich bis anhin um die «explizite Verschuldung» der europäischen Staaten, insbesondere die der Peripherie-Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland. Diese umfasst die Finanzschulden, die diese Staaten über die Jahre hinweg aufgehäuft haben. Diese Zahlen weisen aber nicht die Gesamtverschuldung der Länder aus. Klarheit hierüber erhält man nur, wenn man die «implizite Verschuldung» der Staaten hinzurechnet. Diese umfasst andere gesetzliche Verpflichtungen der Staaten, vor allem die Renten- und Pensionsansprüche der Bürger, die Zukunftslasten der Sozial- und Gesundheitssysteme sowie die künftigen Kosten der Beamtenapparate. Mit der Finanzkrise ist die «explizite Verschuldung» der Staaten vielerorts explodiert. Die OECD geht davon aus, dass diese in ihren Mitgliedsländern von durchschnittlich 79% des Bruttoinlandprodukts (BIP) 2008 auf 100% im Jahr 2011 steigen wird. In der Euro-Zone dürfte der Wert von 76 auf 97% wachsen. Richtig **dramatisch** wird es aber, wenn man die wenigen vorhandenen Zahlen zur «impliziten Staatsverschuldung» betrachtet. Der Berliner Think-Tank «Stiftung Marktwirtschaft» hat errechnet, dass in Deutschland zur ausgewiesenen Staatsverschuldung von derzeit 64,8% eine «implizite» Schuldenlast von 201% hinzukommt. Dies ergibt eine Gesamtverschuldung des deutschen Staats in Höhe von 265,8% des BIP. Für Griechenland beträgt diese Lücke sogar sage und schreibe 808%, während nur 115% «explizit» ausgewiesen werden. Dies zeigt, wie stark die Staaten in den letzten Jahrzehnten über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Grund für diese unglaublichen Werte ist in erster Linie der überdimensionierte und immer weiter ausgebaute «Sozialstaat». Auch die hohe Zahl an Beamten ist ein Problem. Verschärft wird die Entwicklung durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Ein wichtiger Faktor ist zudem die Reformverweigerung in europäischen Regierungen, die der demografischen Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten tatenlos zugesehen und unverantwortlicher Weise noch stärker auf Umverteilung gesetzt haben – ohne an die Folgen für kommende Generationen zu denken, denen der resultierende Schuldenberg aufgebürdet wird.

Dass die «Sparprogramme» der europäischen Staaten die Schuldenspirale stoppen, ist nicht zu erwarten. Die Kosteneffekte der rasch alternden Gesellschaften werden sich erst mit der Zeit richtig bemerkbar machen. Der Internationale Währungsfonds (IMF) geht davon aus, dass die Ausgaben für Alterssicherung in den Industrieländern im Zeitraum 2010 bis 2030 um durchschnittlich 1 Prozentpunkt des BIP steigen werden. Eine noch deutlich grössere Herausforderung dürften die Ausgaben für die Gesundheitssysteme werden, die im selben Zeitraum um 3,5 Prozentpunkte zulegen dürften. Gleichzeitig drohen den Volkswirtschaften durch die Alterung der Gesellschaft und die schleppende Konjunktur deutlich niedrigere Wachstumsraten.

## Unfinanzierbarer «Sozialstaat»

Die Frage ist also nicht, ob, sondern wann die Finanzmärkte noch stärkeren Druck auf die europäischen Regierungen ausüben. Die Griechenland- und Euro-Krise hat bereits für eine erhebliche Differenzierung bei den Zinsen der Staatsanleihen der Euro-Länder gesorgt. Länder, die die dringend nötigen Reformen weiter verschleppen, dürften alsbald mit weiter steigenden Schuldzinsen konfrontiert sein. Diese verteuern die Refinanzierung und erschweren eine Erholung. Neben Einschnitten bei den staatlichen Ausgaben muss im Sinne

der Generationengerechtigkeit auch die Beteiligung der Rentner an der Sanierung der Altersvorsorge- und Gesundheitssysteme diskutiert werden. Der erste wichtige Schritt wäre ein deutlich höheres Rentenalter in vielen europäischen Ländern.»

**MIT DER EURO-KRISE  
KÖNNT BALD DIE  
HOHE «IMPLIZITE  
VERSCHULDUNG (\*)»  
EUROPÄISCHER  
STAATEN ZUM  
THEMA WERDEN.  
DIESE ZEIGT  
POLITISCHE VER-  
ANTWORTUNGS-  
LOSIGKEIT.**

**FAZIT: DIESE UNSICHTBARE SCHULDENLAST  
WIRD BISHER NUR AM RANDE DISKUTIERT, DAS  
THEMA BIRGT ABER ENORME POLITISCHE  
SPRENGKRAFT.**

\*) Gesetzliche Verpflichtungen der Staaten  
(Renten- und Pensionsansprüche, Zukunftslasten  
der Sozial- und Gesundheitssysteme u. a. m.)

## 2. Unverständlicher Drang nach Brüssel

An der Versammlung vom 8. Mai 2010 hat die NEBS (Neue Europäische Bewegung Schweiz) in Bern unter Leitung ihrer Präsidentin, Nationalrätin Christa Markwalder (FDP), einmal mehr das Hohelied der EU-Beitrittszielsetzung angestimmt: In der abschliessenden Resolution wurde der Bundesrat aufgefordert, «seine europapolitische Position neu zu bewerten», und Verbände und Kulturschaffende sollten sich dafür einsetzen, «dass die Schweiz zu einem Akteur auf ihrem eigenen Kontinent und schliesslich zum EU-Mitglied werde».

Dieser **unsägliche Drang so vieler Miteidgenossen nach Brüssel**, und dies erst noch am Anfang der gewaltigen Eurokrise, macht hellhörig. Glauben diese der NEBS verpflichteten und ihr nahestehenden «Euro-Turbos» allen Ernstes, die europäische Zentrale löse auch nur eines unserer gegenwärtigen und zu einem schönen Teil auch hausgemachten Probleme? Oder sind diese Damen und Herren derart von ihrem Sendungsbewusstsein und ihrem «Drang nach Harmonie auf internationaler Ebene» beseelt, dass dabei die alleroberste Verpflichtung vergessen wird, nämlich auf die eigenen Interessen der Schweiz zu achten?

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt auch hierzulande eine Reihe von Unternehmern, welche Ihnen bestätigen werden, dass die Unabhängigkeitserhaltung eines Unternehmens auf eisernem Willen dazu und einem täglichen und jahrelangen diesbezüglichen Effort begründet ist. Nein, viele dieser Unternehmer wollen nicht an die Börse, wollen nicht zur kurzfristigen Gewinnmaximierung die Eigenständigkeit der eigenen Firma aufs Spiel setzen, denken nicht an den Verkauf des Erarbeiteten und haben kein Interesse daran, in wilder Expansionslust das Erreichte aufs Spiel zu setzen. – Und dies auch im heute zunehmend wirtschaftlich schwierigen Umfeld. Man kann es diesen auf Eigenständigkeit bedachten KMU-Vertretern und Mitbürgern deshalb nicht verargen, dass sie einem EU-Beitritt unseres Landes nichts abgewinnen können und genauso nicht bereit sind, das Unabhängigkeitsziel unseres Landes auf mehr oder weniger sanften Druck aufzugeben.

Und dieser Druck aus dem insbesondere europäischen Ausland und auch von uns wohlgesinnten befreundeten Nachbarländern wird in der Zukunft noch um einiges zunehmen, das ist voraussehbar. **Unabhängige Unternehmer haben oft die Tendenz, auch für eine unabhängige Schweiz einzutreten!**

Die Staatsschulden und Defizite der westlichen Staaten steigen ins schier Unermessliche. Nicht nur in den USA, wo die Massnahmen zur Krisenbewältigung in den Jahren 2008 und 2009 die Amerikaner mehr kosten werden, als sie für den gesamten 2. Weltkrieg ausgegeben haben (wohlverstanden kaufkraftbereinigt!). Auch die staatlichen Budgetdefizite und Verschuldungen des Euroraumes (vorab Deutschlands, Italiens, Frankreichs, Englands) und ebenfalls Japans sind gewaltig. Die Defizite der westlichen Staaten raffen einen Zwölftel bis einen Achtel des jeweiligen Inlandproduktes weg, und das fortan Jahr für Jahr! Der alte Traum des Euroraumes mit seinen Maastricht-Kriterien hat sich zerschlagen. Dass sich die Finanzmärkte dieser Welt und damit eben auch die Schweiz geradezu als Zielscheibe anbieten, um sich wenigstens einen Teil der eigenen Probleme und der Misswirtschaft finanzieren zu lassen, ist doch mehr als naheliegend. Also: Es geht doch gar nicht um das Bankkündengeheimnis oder das Doppelbesteuerungsabkommen usw. Es geht ganz einfach darum, **die «Zitrone Schweiz» so viel wie möglich noch auszupressen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln**. Heute heisst das Thema Bankkündengeheimnis. Morgen wird es bereits um Doppelbesteuerungsabkommen gehen, übermorgen um unsere Steuergesetzgebungshoheit, und überübermorgen wird man Druck auf uns machen zum EU-Zwangsbeitritt oder ähnlichem.

Am 2. September 2009 verabschiedete der Bundesrat seinen 240 Seiten starken «Aussenpolitischen Bericht 2009». Wie im Bericht einleitend festgestellt, sollte die Schweiz «neue und starke Standbeine ausserhalb des Kontinentes» aufbauen.

Was die «laufende Überprüfung der Beziehungen zur EU» betrifft, entspricht der genannte «Aussenpolitische Bericht 2009» jener aus dem Bundeshaus üblichen Verschleierungs- und Vernebelungstaktik. Die Reaktion liess danach nicht auf sich warten:

Mit der lapidaren Überschrift «Wer zu spät kommt, den bestrafte der Wandel» macht u. a. neben der NEBS die «Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA)» nur wenige Tage nach der Publikation des genannten Aussenpolitischen Berichtes 2009 sofort Dampf und stellt wörtlich fest, «dass mittel- oder längerfristig nur ein EU-Beitritt in Betracht komme».



Immerhin darf festgestellt werden, dass eine grosse Mehrheit der Leserschaft einer unserer sonntäglichen Zeitungen findet, dass unser Bundesrat die Meinung des Volkes zu respektieren hat und momentan keinen EU-Beitritt erwägen sollte (73%).

Fazit: Weiterhin, vermutlich in zunehmendem Masse, wird sich PERSPECTIVE CH für die Erhaltung der staatlichen Souveränität der Schweiz engagieren. Nicht etwa zur Abschottung, nein, sondern als unabdingbare Voraussetzung für eine Aussenpolitik gemäss den Grundsätzen internationaler Solidarität, Universalität und Neutralität. – Als selbständiger Unternehmer unterstütze ich diese Unabhängigkeit unseres Landes, welchem ich selber viel zu verdanken habe.

Otto H. Suhner, Präsident PERSPECTIVE CH,  
Dipl. Ing. ETHZ, Unternehmer



**Nicolas G. Hayek, Präsident des Verwaltungsrates der Swatch Group in Biel; Interview in der «Schweizer Revue», Nr. 4/2005**

**Frage: Bedauern Sie, dass die Schweiz nicht zur EU gehört?**

**Antwort:** *«Nein, ganz und gar nicht. Die EU produziert nur Gesetze, die mehr erschweren, statt zu erleichtern. Ich kann das gut beurteilen, weil ich in verschiedenen EU-Kommissionen sitze und hinter die Kulisse sehe. Man hat sich von der EU eine starke Wirtschaft versprochen und hat heute die höchsten Arbeitslosenzahlen in Frankreich und Deutschland. (...) Ich bin kein Gegner von Europa, aber ein Kritiker der EU.»*

### 3. Gefängnis Schweiz – Fürsorgerischer Freiheitsentzug

Die deutsche Wochenzeitung «DIE ZEIT» befasste sich unlängst (Nr. 45/2009) in einem umfassenden, dreiseitigen Artikel mit dem Thema **Gefängnis Schweiz**. Und zweifellos haben die Verfasser recht, wenn sie unter «fürsorgerischem Freiheitsentzug» feststellen, dass Politiker laufend Gesetze verlangen, Beamte mehr Verordnungen zu Papier bringen und dass derart eine **Verbots-Gesellschaft** entsteht.



Man kann der Feststellung aus unserem nördlichen Nachbarland nicht widersprechen, dass es in unserem Staat, der Jahr für Jahr allein auf Bundesebene über 5000 Seiten an Gesetzen und Verordnungen von sich gibt (Tendenz stetig steigend), eben eng wird.

Es ist eine Tatsache, dass die unheimliche Fülle von Regulierungen die Unternehmungen bremsen, der Konkurrenzfähigkeit schaden und sehr viel Geld kosten. Sie binden Zeit, Know-how und Geld, welches Firmen für die Bewältigung der Bürokratie einsetzen müssen, anstatt dieses für Innovation und Investitionen verwenden zu können. Durch die Zunahme von Gesetzen, Verordnungen, Behörden und Inspektoren haben kleine bis mittlere Unternehmungen

heute jährlich mit **über 40 verschiedenen staatlichen Stellen und Unterabteilungen oder anderweitigen Instanzen zu tun, welche kontrollieren, inspizieren, abrechnen, einfordern und verwalten.** Dabei sind die Gewerkschaften und der bürokratische Verkehr mit Banken und Versicherungen nicht berücksichtigt.

Zweifellos: **Die Bürokratie für die Betriebe hat das Zumutbare überschritten, und dennoch geschieht seit Jahren wenig, dieses Übel anzupacken.**

Den politisch Verantwortlichen in der Legislative und der Exekutive unseres Landes dürften unabhängig von der Parteizugehörigkeit zwei Moratorien empfohlen werden:

**Moratorium 1:** Keine EU-Beitritts-Träumereien

**Moratorium 2:** Keine neuen Gesetze oder Verordnungen, ohne mindestens zwei alte fallen zu lassen.

## 4. Gedanken zu Politik, Wirtschaft und Staat an der Zeitenwende



*Daniel Heller, Vorstandsmitglied  
PERSPECTIVE CH, Dr.phil.I,  
Direktor, Grossrat*

Gekürzte Ansprache von Fraktionspräsident Dr. Daniel Heller, Grossrat, Erlinsbach AG, anlässlich des FDP-Fraktionsausfluges 2010, 18. Mai 2010

### 4.1. Stehen wir an einer Zeitenwende?

Viele von Ihnen werden sich in den letzten Monaten gefragt haben, was die tief greifenden Ereignisse der letzten zwei Jahre bedeuten. Hat die aktuelle Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise das Kaliber einer **Zeitenwende**? Ich sehe drei Fragenkomplexe:

- Ein Fragenkomplex dreht sich um die Frage nach den **Ursachen**. Ist die neue Finanzkrise einfach eine weitere Krise in einer Reihe von Finanzkrisen, wie sie unausweichlich alle paar Jahre kommen? Oder geht sie **tiefer**, hat sie ihre Ursachen in **gesellschaftlich moralischen Kategorien**?
- Eine zweite Frage, die sich angesichts der Verschuldungskrise stellt, ist eine weltanschauliche und betrifft diejenige **des Staates im Verhältnis zur Wirtschaft**. Welche Strategie soll die Schweiz als liberaler Staat, sollen wir als Freisinnige politisch in diesem ersten Jahrhundertsturm des 21. Jahrhunderts verfolgen?
- Die dritte Frage ist diejenige nach der **Wirkung**: Wie geht es nach der Krise weiter? So wie immer: Die Wirtschaft erholt sich mehr oder weniger rasch, oder hinterlässt die Krise auch ihre Spuren in der **Weltordnung**? Welche Auswirkungen hat die Krise auf die **globalen Machtverhältnisse**? Und schliesslich: Wie geht der **Freisinn mit all dem um**?

Zur erste Frage: Die erste Finanzkrise geschah zu Beginn des Kapitalismus. 1636 wurde in Holland derart mit Tulpen spekuliert, dass dies in einer ersten Finanzkrise, der berühmten **Tulpenkrise**, mündete. 150 Jahre später kam es im Zusammenhang mit der Französischen Revolution in ganz Europa zu Finanzkrisen. Am «Schwarzen Freitag» führte im Jahr 1866 der Ausfall einer wichtigen Bank in London zu einer weiteren Krise. Sie brachte grosse Veränderungen in der Rolle der Zentralbanken. 1929 brach am **«Schwarzen Donnerstag»** in den USA die Börse dramatisch ein. Dieser Crash brachte die ganze Weltwirtschaft ins Trudeln; die Krise mündete in der Grossen Depression der 1930er-Jahre, ebnete in Deutschland Hitler den Weg und war somit für **den Zweiten Weltkrieg** mitverantwortlich. Es folgten wieder zwei kleinere Crashes: Im Börsencrash von 1987 erlitten die US-Börsen ihren grössten Kurssturz. Am 19. Oktober 1987 sackte der Dow-Jones-Index um 22% ab. Ihm folgten die europäischen und japanischen Märkte. Im Jahr 2000 ist die **Dotcom-Blase** geplatzt: Die Folge war eine grosse Ernüchterung bei den «Neuen Medien». Und 2007 brach das **Subprime-Geschäft** zusammen.

Die jetzige Finanzkrise begann. Sie riss weltweit die Realwirtschaft mit sich. Mittlerweile geraten auch viele der westlichen Industrienationen in ernsthafte Haushaltsprobleme. Einige der historischen Krisen vernichteten somit bloss Werte, bahnten den Weg für neuen Aufschwung, andere hatten **einschneidende weltpolitische Folgen**.

Beobachter weisen darauf hin, dass die aktuelle Wirtschaftskrise nicht einfach eine weitere Blase sei; sie wurzle tiefer. **Ihre Ursache liege in einer geistigen Krise unserer Werte**. Diese Wertekrise fusse auf einem **kurzfristi-**

**gen Denken**, auf der ungenügend **klaren Haftung**, auf der **Vernachlässigung des Kundennutzens**. Das bewirkt zunächst **unverantwortliches Handeln von Teilen der Wirtschaftseliten**, was wiederum bewirkt, dass die **politische Akzeptanz** für wirtschaftliches Handeln markant schwindet.

#### 4.2. Mangel an langfristigem Denken

Eine Gemeinschaft braucht gemeinsame **Werte**, um funktionieren zu können. Auch die freie Wirtschaft und die Gesellschaft beruhen **auf gemeinsamen Werten**. Wirtschaft und Gesellschaft können nur funktionieren, wenn die Menschen zentrale Werte, **gemeinsame moralische Auffassungen** miteinander teilen. **Ethik und Moral** sind für die freie Marktwirtschaft zentrale Werte. Wir stellen fest, dass einige Werte erodiert sind, die **entscheidend** zum Erfolg unseres liberalen Wirtschaftssystems beigetragen haben. Wir beobachten im Geschäftsleben den Verlust an **langfristigem Denken**. Jede Wirtschaftsbeziehung hat zwei Partner: einen Kunden und eine Firma, einen Aktionär und eine Firma, einen Arbeitnehmer und eine Firma. Die Wirtschaftspartnerschaften waren früher **langfristig ausgelegt**. Der Kunde, der Investor, der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber glaubten an die **gemeinsame Zukunft**, darum hielten sie ihren Geschäftspartnern **die Treue**. Heute stellen wir fest:

- Kunden wechseln wegen eines Schnäppchens das Geschäft.
- Investoren ziehen ihr Geld von einem Unternehmen zurück, sie verkaufen die Aktien, wenn ein Quartalsergebnis etwas schlechter ausfällt.
- Angestellte wechseln «ihre Firma» wegen eines leicht höheren Lohns. Sie vergessen, wie viel «ihre» Firma in sie investiert hat.
- Arbeitgeber entlassen langjährige Mitarbeiter, nur um im Aufschwung wieder neue einzustellen.

Heute herrschen also ein **Mangel an Langfristigkeit** und damit ein Mangel an **Loyalität**. Aus dem Mangel an Loyalität resultiert ein **Mangel an Vertrauen**. Schuld daran ist unter anderem ein **falsches Verständnis von Wettbewerb**. Wettbewerb heisst nicht, dass man immer die momentan günstigste Gelegenheit ergreift; Wettbewerb kann und soll auch den Vergleich verschiedener Angebote in einer **längerfristigen Perspektive** umfassen.

#### 4.3. Mangel an Eigenverantwortung

An Bedeutung verloren hat ferner die **Verantwortung**. Wie viele Manager sind heute noch bereit, für Fehlentscheide Verantwortung zu übernehmen? Wie viele Politiker sitzen Fehlentscheide einfach aus? Gäbe es eine Kultur der Verantwortung, müsste es **mehr Rücktritte** geben.

Bei jeder Gelegenheit, wo etwas schief läuft, schreien zudem alle nach dem Staat, nach neuen Gesetzen und Verboten. Kaum jemand appelliert an die **Eigenverantwortung**. Die heutigen Werte fördern die Übernahme von Verantwortung denn auch nicht: Die Verantwortung wird **ans Gesetz delegiert**. Der diesbezügliche Wertewandel betrifft aber nicht nur die Eliten: Auch wer wirtschaftlich benachteiligt ist, sucht heute den Fehler nicht mehr primär bei sich selber, sondern schiebt beispielsweise die Verantwortung für das eigene Schicksal auf die Allgemeinheit, auf den Sozialstaat.

**Fehler gehören zu jedem Leben**. Entscheide können sich immer im Nachhinein als falsch erweisen. Wenn die Zahl der Fehler zu gross oder ein einzelner Fehlentscheid zu gravierend ist, braucht es aber Konsequenzen. Das bedingt ein **moralisches Prinzip der Verantwortlichkeit**.

Weiter fehlt heute die Orientierung am **Bürger- und Kundennutzen**. Zum einen beobachten wir das beim Staat: Das Verhältnis Bürger–Staat beruht bei uns auf einem **partnerschaftlichen Verhältnis**. Anders in vielen anderen Staaten: Der Bürger wird vielerorts nicht als Partner oder gar als Souverän, sondern als **Untertan** behandelt. Der Bürger entfremdet sich vom Staat. Der Staat entfremdet sich vom Bürger. Der Staat sieht sich nicht mehr im Dienste seiner Bürger. Er sieht im Bürger nur noch das **Steuersubjekt**; der Staat begegnet dem Untertan mit Misstrauen und droht mit Strafverfolgung, sobald eine Unkorrektheit vermutet wird.

Zum andern sehen wir das in der Welt der Grossbanken. Dort vernachlässigten einige vor lauter Kasino-Mentalität im Investment Banking die dienende Funktion der Banken. **Banken dienen der Realwirtschaft**. Sie ermöglichen die Transaktion von Gütern und Dienstleistungen, und sie ermöglichen die Finanzierung von wertschöpfenden Investitionen. Diese Abkehr von der dienenden Funktion kommt in den **abgehobenen Gewinn- und Entlohnungspraktiken** zum Ausdruck. Es gibt kein **einziges volkswirtschaftliches Argument**, wieso Gewinne und Löhne bei einigen Investmentbanken um Potenzen höher sein sollten als in der übrigen Volkswirtschaft.

#### 4.4. Marktwirtschaft ohne Ethik führt zu Akzeptanzverlust

Zu all diesem Vergessen und Missachten von Werten vergassen einige Manager, dass ihr Handeln auch in der freien Marktwirtschaft politisch **akzeptiert werden muss**. Es wird für eine grosse Mehrheit der Bevölkerung

wohl schlicht nie nachvollziehbar sein, wieso in gewissen Sektoren der Finanzwirtschaft so viel höhere Gewinne und Löhne anfallen sollen als in der «normalen» Wirtschaft. Und dass einige **Boni** selbst dann noch beziehen, wenn das Institut **rote Zahlen** schreibt. Fehlende Werte können Gesetze weder vorschreiben, noch können Gesetze sie ersetzen. Darum zielt der Ruf nach mehr Gesetzen am **Kern des Problems** vorbei. **Anstand kann man nicht mit Vorschriften erzwingen.**

Wollen wir also die Krise überwinden, braucht es nicht primär mehr Regeln und strengere Gesetze. Es braucht zuallererst **ein Umdenken**, einen **Wertewandel in den Köpfen**. Erst dann braucht es Regeln, welche die Werte, mit denen wir Erfolg hatten, stützen. **Gefördert werden muss das langfristige Denken, gestärkt werden muss das Prinzip der Haftung und der Verantwortlichkeit; gefördert werden muss die Orientierung am Kundennutzen. Sodann brauchen wir Politiker und Manager, welche der gesellschaftlichen Akzeptanz Sorge tragen.**

#### 4.5. Anspruchsmentalität verdrängt den Leistungswillen

Die Schweiz hat trotz allem die Krise bisher recht gut bestanden. Europa ist hingegen mit der Griechenlandkrise an einem **schicksalhaften Scheideweg** angelangt. An dieser Weggabelung stehen auch wir – ob wir wollen oder nicht. Einerseits, weil wir trotz relativer EU-Distanz auch als Nichtmitglied untrennbar mit **dem Schicksal Europas verbunden** sind. Zum andern, weil auch wir auf dem Weg des Wohlfahrts- und Interventionsstaates, der nun in Europa am Kollabieren ist, seit längerem **mitmarschieren**.

Von der Wiege bis zur Bahre ist man in den meisten Staaten Europas **ein Anspruchsberechtigter**. Wenn die Eltern ihre Kinder nicht aufziehen können oder wollen, hat man Anspruch auf einen Platz in der staatlich bereitgestellten, möglichst kostenlosen Kinderkrippe. Als jugendlicher Arbeitsloser erhält man mehr Entschädigung, als wenn man – vielleicht nicht ganz im erlernten Beruf – arbeiten würde. Wenn man glücklicherweise eine Arbeitsstelle hat, dann allerdings mit Anspruch auf fünf und mehr Wochen Ferien, auf Mindestlohn, auf beschränkte Wochenarbeitszeit. Auch der expandierende Konsumentenschutz hat sehr viel mit Anspruchsdenken zu tun: Mehr und mehr wird die Gewährleistung für einwandfreie Dienstleistungen und Produkte nicht mehr als Angelegenheit zwischen Vertragspartnern gesehen, sondern als **öffentliche Aufgabe**.

In Griechenland gibt es gemäss «New York Times» mehr als 580 vom Gesetzgeber definierte «gefährliche Berufe», bei welchen man sich als Frau im Alter von 50, als Mann mit 55 Jahren pensionieren lassen kann. Zu den «gefährlichen Berufen» gehört unter anderen die Damencoiffeuse, weil sie mit Chemikalien zu tun hat. Staatschefs, die mit den Gewerkschaften über ein Anheben des Pensionsalters 60 sprechen oder die 35-Stunden-Woche aufheben wollen, droht die Abwahl. Der Anspruch gegenüber dem Kollektiv ist zur **europäischen Ersatzreligion** geworden. Dass dieses Kollektiv nicht leistungsfähiger sein kann als die Summe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Anspruchsberechtigten, daran dachten bis vor kurzem offenbar nur wenige. Der europäische Zeitgeist will den Schicksalsschlag, das Pech, aber auch den Erfolg und das Glück nicht anerkennen. Dem Leistungswilligen und Leistungsfähigen wird **primär mit Neid** begegnet.

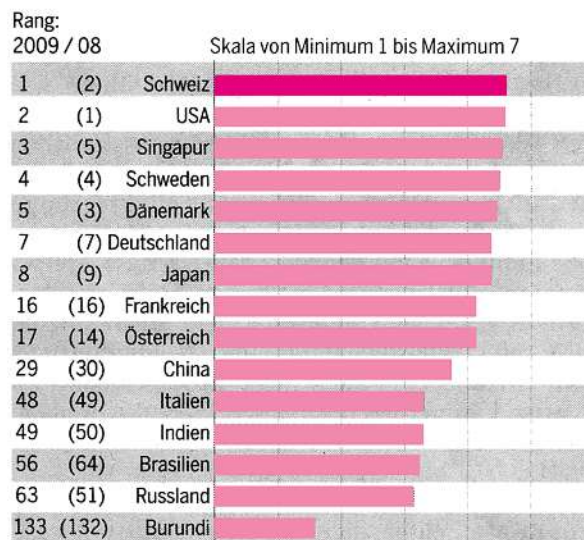
Aber auch unseren Leuten geht es nicht viel anders: Als in Ägypten eine schweizerische Reisegruppe wegen isländischer Vulkanasche strandete, verlangte sie lautstark nach Schadensvergütung durch den Staat. Die wegen der demographischen Transition notwendig gewordene Anpassung des Umwandlungssatzes wurde vom Schweizer wider besseres Wissen trotzig abgeschmettert. Auch bei uns: **Die Anspruchsmentalität beginnt den Leistungswillen und die Leistungsbereitschaft zu übertrumpfen.**

#### 4.6. Europa und der Westen stehen am Scheideweg

Europa – und wir mit Europa – stehen vor der Wahl: Sind wir bereit, den Fluch der Garantie, den Fluch des wohlverworbenen Anspruchs abzulegen oder sind wir es nicht? **Durch das aberwitzig hohe neue Milliarden-Rettungspaket verpassen die Staaten Europas möglicherweise eine einzigartige Möglichkeit zur Bereinigung.**

### Schweiz wettbewerbsfähiger als die USA

#### Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Länder



Quelle: WEF

NZZ/cke.

**Jede spätere Bereinigung, die bestimmt kommt, kommt mit Sicherheit teurer zu stehen. Und bald könnte sich die Frage stellen, wer denn nun die Retter rettet.**

Und hier kommen wir zur dritten Frage: Wird die **Welt nach der Krise** gleich sein wie die **Welt vor der Krise**? Kommt der Westen – ich meine die USA und Europa – bezogen auf die bisher unbestrittene führende Stellung in der Welt und den Wohlstand unbeschadet aus dieser Wirtschaftskrise wieder heraus?

Wir beobachten Folgendes: eine markante **Verlagerung des zweiten Sektors** in den asiatischen Raum, exorbitante Auslandschulden, sicherheitspolitisch bedenkliche Machtspiele um Einfluss und um Rohstoffe, und: Primär die führenden westlichen Industrienationen verlieren markant an Handlungsfähigkeit durch ihre **riesige Staatsverschuldung**.

Der Wirtschaftsmacht USA hat man in den letzten Dekaden oft den Untergang prophezeit. Die USA zeigte jedoch stets ein hohes Mass an Kraft zur Selbstregenerierung und erfand sich immer wieder neu. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist aber auch die Verschuldung der USA von etwas über 30% der Wirtschaftsleistung auf rekordhohe 70% angeschnellt. Wer trägt **diese Schuld dereinst wieder ab**?

All das lässt erahnen, dass es möglicherweise gewichtige **geopolitische Verlagerungen** geben wird. Die aktuelle Wirtschaftskrise könnte sehr wohl den fortschreitenden Prozess der Verlagerung der globalen Machtzentren in **neue Weltregionen** markant beschleunigen.

Der Westen – Amerika und Europa – befinden sich in einem **relativen Abstieg**, während die Mächte Asiens und Lateinamerikas aufsteigen. Sie gehören zu den Gewinnern der aktuellen Verwerfungen. Die pazifischen Mächte – China, Japan und Südkorea – sind bereits heute die mit weitem Abstand grössten Gläubiger der USA, und ihre Bedeutung wird durch die Folgen der Finanzkrise noch weiter wachsen.

#### **4.7. Vom ersten Rang auf den vierten Platz**

Bis in 40 Jahren wird China das BIP auf 44,5 Billionen Dollar erhöhen und zur erstrangigen Wirtschaftsmacht der Welt werden. Auch Indien ist auf dem Weg nach ganz oben: Gemäss Hochrechnungen werden die Inder Europa demnächst bezogen auf die volkswirtschaftliche Leistung überholen und hinter China und den USA zu den **drei grössten Mächten** der Welt gehören. Europa rutscht ab auf Platz vier.

Global findet damit eine **Verlagerung** von Macht und Wohlstand vom Westen zum **Fernen Osten** statt. In diesem Raum liegen auf absehbare Zeit die grössten Wachstumschancen der Weltwirtschaft; schon nur deshalb wird sich auch **Amerika** aus wirtschaftlichen wie machtpolitischen Gründen verstärkt dem pazifischen Raum zuwenden. Das bedeutet gleichzeitig, dass die USA ihre atlantische – sprich auf Europa gerichtete – Orientierung herabstufen.

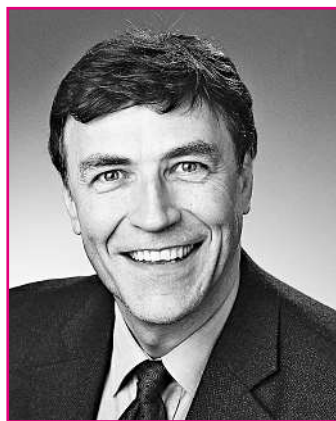
**Wir sehen – vieles spricht dafür: Wenn die aktuelle globale Krise zu Ende sein wird, dann wird nicht mehr alles so sein, wie es dereinst war.**

Ob die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise damit das **Kaliber einer Zeitenwende** hat, ob wir im Westen zu den **alten Erfolgswerten** zurückfinden und ob in diesen Jahren das Zeitalter der westlich-amerikanischen Prädominanz zu Ende geht, wissen **wir heute noch nicht**.

Wie sich die Welt und die Wirtschaftslage in Zukunft verändern werden, können wir nicht vorhersehen. Was wir aber können, ist, unsere eigene Position und **Rolle als Freisinnige** zu überdenken. Der Freisinn hat in den letzten Jahren ungebremst an Einfluss und Wählern **verloren**. Die momentan schwierigen politischen Fragen zur Bewältigung der Folgen der **Wirtschaftskrise** und auch das **Auftreten einiger unserer Exponenten** sprechen nicht gerade für eine positive Kehrtwende.



## 5. Wo sind die Goldreserven?



Luzi Stamm, Nationalrat, Baden

Das «Volksvermögen Gold» wurde ab 2001 nicht nur laufend verkauft. Auch verweigerten Nationalbank und Bundesrat jede Antwort, wo sich das noch verbleibende Gold befindet.

Misstrauisch geworden, begannen Parlamentarier von links bis rechts Fragen zu stellen: Wo ist das Schweizer Gold eingelagert? Liegt es teilweise im Ausland? Ist es eventuell ausgeliehen und gar nicht mehr vorhanden? Und jede Antwort des Bundesrats musste noch misstrauischer machen: Die Antwort wurde schlichtweg verweigert. Berühmt wurde die Antwort von Bundesrat Kaspar Villiger auf die Anfrage von Nationalrat Paul Günter im Jahre 2003: *«Wo diese Goldbarren nun genau liegen, kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil ich es auch nicht weiss, es nicht wissen muss und es nicht wissen will.»*

Nicht nur in der Schweiz stellen sich Fragen: Hartnäckig hält sich das Gerücht, Deutschland habe längst kein Gold mehr; seine angeblich 3400 Tonnen lägen in den USA. Auch die Goldstatistik der USA wirft Fragezeichen auf.

Zwischen realem Gold und «Goldforderungen» ist ein riesiger Unterschied: Goldforderungen bestehen nur auf dem Papier, dazu gehört auch ausgeliehenes Gold. Nur wer Gold real besitzt, hat dieses auf sicher. Ein Anspruch auf Gold kann nur durchgesetzt werden, wenn der Schuldner dieses noch hat und zurückgeben will und kann. Die gemäss Nationalbankstatistik ausgeliehenen 100 Tonnen Gold sind also nicht nur an unbekanntem Ort, sondern eventuell nicht vorhanden und im Notfall nicht einbringbar.

### Wo sind das deutsche und das amerikanische Gold?

Nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Ausland wird die Auskunft verweigert, wo sich die Goldreserven befinden.

Das gilt zum Beispiel für Deutschland. Deutsche Politiker rühmen ihr Land immer wieder, es besitze die zweitgrössten Goldreserven der Welt, auf die notfalls zurückgegriffen werden könne. Vieles spricht jedoch dafür, dass Deutschland die offiziell ausgewiesenen 3400 Tonnen Gold längst nicht mehr besitzt. Eventuell wurden sie im Zusammenhang mit der Stationierung der alliierten Truppen in Deutschland in die USA oder nach Grossbritannien gebracht, ohne dass dies der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt wurde.

Möglich ist sogar, dass diese rund 3400 Tonnen deutsches Gold – gemäss entsprechenden Gerüchten – in den USA längst verkauft wurden und gar nicht mehr im Besitz der USA sind.

Aber auch der Goldbestand der USA selbst – die weltweit die weitaus grössten Reserven besitzen – wird immer wieder in Frage gestellt. Seit 1955 hat es nie mehr eine unabhängige Prüfung der amerikanischen Goldbestände gegeben (in der Schweiz übrigens seit 1958 nicht mehr). Auch in den USA ist also nicht bekannt, ob die angegebenen 261,5 Mio. Unzen Gold (rund 8000 Tonnen) der Wahrheit entsprechen.

Im Jahr 2000 wurden in den USA statistisch 54 Mio. Unzen Gold von der Kategorie «Gold-Reserve» in die Kategorie «Custodial Gold» umgebucht. 2001 wurden die Bezeichnungen «Reserve» und «Custodial» durch «Deep storage Gold» ersetzt. Das liess den Verdacht aufkommen, dass die USA eventuell Gold in ihren Büchern führt, das noch tief (deep) im Boden lagert (stored) und das – zur Abdeckung von Verpflichtungen – im Notfall angeblich noch aus dem Boden gefördert werden könnte.

## 6. Mitgliederversammlung 10. November 2009

An der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 10. November 2009 im Betriebsrestaurant der Firmen SUHNER in 5242 Lupfig konnten alle traktandierten Geschäfte speditiv abgewickelt werden, und es wurde den Anträgen des Vorstandes einstimmig zugestimmt:

- Das Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 11. November 2008 wurde genehmigt.
- Der Tätigkeitsbericht 2008/2009 wurde genehmigt.
- Genehmigung der Jahresrechnung 2008 und des Berichtes der Revisionsstelle.
- Entlastung des Präsidiums und der Vorstandsmitglieder.
- WAHLEN:
  - a) Wiederwahl der THV AG, Aarau, als Revisionsstelle
  - b) Das Co-Präsidium wurde für ein weiteres Jahr bestätigt gemäss Art. 23 Absatz 3 der Statuten.
  - c) Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden für eine zweijährige Amtsperiode bestätigt.

**Vorstand** Gewählt an der Mitgliederversammlung 2009 für 2 Jahre: Otto H. Suhner, dipl. Ing. ETH (Präsident); Thierry Burkart, Grossrat (Vizepräsident); Dr. Hans-Jörg Bertschi, Unternehmer (Vizepräsident); Susanne Scheuzger, ehem. Grossrätin; Daniel Knecht, ehem. Grossrat; Dr. Markus Letsch; Dr. Daniel Heller, Grossrat

### Co-Präsidium (jährliche Wiederwahl)

Vorname	Name	Ort	Partei	Vorname	Name	Ort	Partei
Dr. Maximilian	Reimann	Ständerat	Gipf-Oberfrick	SVP	Andrea	Moll-Reutercrona	Grossrätin
Dr. Willy	Loretan	ehem. Ständerat	Zofingen	FDP	Dr. Bernhard	Scholl	Grossrat
Dr. Thomas	Pfisterer	ehem. Ständerat	Aarau	FDP	Milly	Stöckli-Ammann	Grossrätin
Alex	Hürzeler	Regierungsrat	Oeschgen	SVP	Dr. Jürg	Stüssi-Lauterburg	Grossrat
Ernst	Hasler	ehem. Regierungsrat	Strengelbach	SVP	Peter	Wehrli	Grossrat
Dr. Jean Henri	Dunant	Nationalrat	Basel	SVP	Therese	Bachofen	ehem. Grossrätin
Esther	Egger-Wyss	Nationalrätin	Kirchdorf	CVP	Dora	Bärtschi	ehem. Grossratspräsidentin
Corina	Eichenberger	Nationalrätin	Kölliken	FDP	Josef	Baur	ehem. Grossrat
Sylvia	Flückiger	Nationalrätin	Schöffland	SVP	Bruno	Bertschi	ehem. Grossrat
Lieni	Füglistaller	Nationalrat	Rudolfstetten	SVP	Thomas	Bodmer	ehem. Grossrat
Ulrich	Giezendanner	Nationalrat	Rothrist	SVP	Hans	Bürge	ehem. Grossratspräsident
Walter	Glur	Nationalrat	Glashütten	SVP	Harry	Burgherr	ehem. Grossrat
<b>Markus</b>	<b>Hutter</b>	<b>Nationalrat</b>	<b>Winterthur</b>	<b>FDP</b>	Irène	Dössegger	ehem. Grossrätin
Hans	Killer	Nationalrat	Untersiggenthal	SVP	Patrick	Fischer	ehem. Grossrat
Filippo	Leutenegger	Nationalrat	Zürich	FDP	Walter	Forrer	ehem. Grossrat
Philipp	Müller	Nationalrat	Reinach AG	FDP	Ernst	Frey	ehem. Grossratspräsident
Walter	Müller	Nationalrat	Azmoos	FDP	Paul	Friedli	ehem. Grossrat
<b>Gerhard</b>	<b>Pfister</b>	<b>Nationalrat</b>	<b>Oberägeri</b>	<b>CVP</b>	Reinhard	Gloor	ehem. Grossratspräsident
Ulrich	Schlüer	Nationalrat	Flaach	SVP	Urs	Haeny	ehem. Grossrat
Luzi	Stamm	Nationalrat	Baden	SVP	Walter	Hagenbach	ehem. Grossrat
Hansruedi	Wandfluh	Nationalrat	Frutigen	SVP	Hans	Hagenbuch	ehem. Grossrat
Theo	Fischer	ehem. Nationalrat	Hägglingen	SVP	Matthias	Häusermann	ehem. Grossrat
Ueli	Maurer	Bundesrat	Wernetshausen	SVP	Leodegar	Huber	ehem. Grossrat
Adrian	Ackermann	Grossrat	Kaisten	FDP	Walter	Hunkeler	ehem. Grossrat
<b>Martin</b>	<b>Bhend</b>	<b>Grossrat</b>	<b>Oftringen</b>	<b>EVP</b>	Werner	Indermühle	ehem. Grossrat
Gregor	Biffiger	Grossrat	Berikon	SVP	René	JeanRichard	ehem. Grossrat
Alfred	Böni	Grossrat	Möhlin	SVP	Ulrich	Jehle	ehem. Grossrat
<b>Dr. Andreas</b>	<b>Brunner</b>	<b>Grossrat</b>	<b>Unterenfelden</b>	<b>CVP</b>	Dr. Rudolf	Jost	ehem. Grossrat
<b>Hans Ulrich</b>	<b>Bühler</b>	<b>Grossrat</b>	<b>Stein</b>	<b>FDP</b>	Rainer	Kaufmann	ehem. Grossrat
Thomas	Burgherr	Grossrat	Williberg	SVP	Dr. Ernst	Kistler	ehem. Grossrat
<b>Patrick</b>	<b>Burgherr</b>	<b>Grossrat</b>	<b>Rheinfelden</b>	<b>CVP</b>	Daniel	Knecht	ehem. Grossrat
Thierry	Burkart	Grossrat	Baden	FDP	Ueli	Kohler	ehem. Grossrat
Hans	Dössegger	Grossrat	Seon	SVP	Markus	Kunz	ehem. Grossrat
Oliver	Flury	Grossrat	Lenzburg	SVP	Thomas	Lüpold	ehem. Grossratspräsident
Roger	Fricker	Grossrat	Hägglihof	SVP	Marianna	Mattenberger	ehem. Grossrätin
Pascal	Furer	Grossrat	Staufen	SVP	Maurice	Perrinjaquet	ehem. Grossrat
<b>Benjamin</b>	<b>Giezendanner</b>	<b>Grossrat</b>	<b>Rothrist</b>	<b>SVP</b>	Erwin	Plüss	ehem. Grossrat
Andreas	Glärner	Grossrat	Oberwil-Lieli	SVP	Rudolf	Scheibler	ehem. Grossrat
Dr. Daniel	Heller	Grossrat	Erlinsbach AG	FDP	Kurt	Schmid	ehem. Grossrat
<b>Jörg</b>	<b>Hunn</b>	<b>Grossrat</b>	<b>Riniken</b>	<b>SVP</b>	Josef	Senn	ehem. Grossrat
Dr. Rainer	Klöti	Grossrat	Auenstein	FDP	Rolf	Urech	ehem. Grossrat
Hansjörg	Knecht	Grossrat	Leibstadt	SVP	Erich	Vögeli	ehem. Grossrat
Regina	Lehmann-Wälchli	Grossrätin	Reitnau	SVP	Werner	Vogt	ehem. Grossratspräsident
<b>Titus</b>	<b>Meier</b>	<b>Grossrat</b>	<b>Brugg</b>	<b>FDP</b>	Susanne	Scheuzger	ehem. Grossrätin

**Fett = neue Mitglieder**

## 7. Öffentliche Veranstaltung vom 10. November 2009 im Anschluss an die Mitgliederversammlung



**Brigadier Rudolf Grünig**, scheidender Kommandant der Inf Brigade 5, hielt zum Thema **«Entscheiden und Führen in Wirtschaft und Militär»** an der öffentlichen Veranstaltung vom 10. November 2009 ein vielbeachtetes Referat. Anhand von Beispielen widmete er sich den Themen Führen und Entscheiden im schwierigen Umfeld – Unterschiede im zivilen und im militärischen Bereich und Entscheidungsfindung. Brigadier Grünig legte dar, dass sich der betriebswirtschaftliche und der militärische Entscheidungsprozess sehr ähnlich seien. Ein Unterschied jedoch sei augenfällig: Während im militärischen Bereich auch bei Unsicherheit entschieden werden muss, entwickelt man in der Wirtschaft zuerst Szenarien, was die Entscheidungen verzögern kann. – Brigadier Grünig war (bis Ende 2009) einer der ganz wenigen höheren Milizoffiziere unserer Armee und ist beruflich engagiert als Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Fribourg und deshalb sicher prädestiniert, uns das Thema näherzubringen.

Sekundiert wurde der Referent durch **Regierungsrätin Susanne Hochuli**, Militärdirektorin des Kantons Aargau. In ihrem Kurzreferat hielt sie zum Thema fest, dass Führung nicht ohne Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz funktioniert.

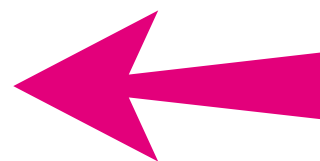
(Weitere Berichte im **Pressespiegel**)



## 8. Termine und Veranstaltungen



# ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG



**Dienstag, 2. November 2010, 19.00 Uhr**  
**Gasthof Ochsen, 5242 Lupfig**

**REFERENT: DR. KONRAD HUMMLER**

**Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers und  
geschäftsführender Teilhaber der Bank Wegelin**

*Eigentlich ist Deutschland bankrott*

### Berlins Feldzug gegen das Eigentum

Von Dr. Konrad Hummler, Privatbankier, St. Gallen

In einem Anlagekommentar der St. Galler Privatbank Wegelin & Co. hat Dr. Konrad Hummler zur in Deutschland entfesselten Jagd auf «Steuersünder» Hintergründe ausgeleuchtet, die in eine umfassende Beurteilung der Zustände und Entwicklungen in eigentlich allen Wohlfahrtsstaaten münden:



**Private Banking im Lichte von US-Beutezügen**

*Konrad Hummler ist kein einsamer Rufer in der Wüste*

NZZ 1. 9. 2009

**Privatbankier  
Hummler:  
«Kunden  
verseckelt»**

**Kritik am Vergleich zwischen der Schweiz  
und den USA im Steuerfall UBS**

## 9. Publikationen

Die folgenden Publikationen können bei unserem Sekretariat bezogen werden (Selbstkosten). Im Weiteren machen wir auf unseren wirtschaftspolitischen **Informationsdienst** aufmerksam. Unsern Mitgliedern stellen wir auf Anfrage entsprechende Unterlagen und Dokumentationen zur Verfügung.



Professor Dr. Wilhelm Hankel. –  
Währungsunion, Rückgewinnung  
staatliche Handlungsfähigkeit.  
CHF 10.–



Wirtschaftspolitisches Grundsatz-  
papier der SWISSMEM-Industrie

kostenlos



44 Seiten wirtschaftspolitische  
Prioritäten. economieuisse

kostenlos

## 10. Mitgliederwerbung

### Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung.
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes.
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz.
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen.



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

**Dann sind wir auf  
Ihre Unterstützung  
angewiesen!**

Hier abtrennen

### Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH gemäss den beiliegenden Grundsatzserklärungen

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Genauere Anschrift: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

- Jahresbeiträge:
- Fr. 50.– für Privatpersonen
  - Fr. 100.– für juristische Personen, Firmen, Betriebe und Verbände
  - ab Fr. 200.– für Gönner

**Freiwillige Spenden willkommen!**

Allenfalls fakultative Zusatzinformation: Alter: \_\_\_\_\_ Beruf, Stellung: \_\_\_\_\_

Politische Mandate: \_\_\_\_\_  
(eidg./kantonal/kommunal)

**Postanschrift:** PERSPECTIVE CH  
Postfach 2111  
5001 Aarau

**Telefon:** 056 464 28 49  
**Fax:** 056 464 28 35

**Bank-  
verbindung:** Neue Aargauer Bank  
5001 Aarau  
PC 50-1083-6  
KK 529798-81